



ONLINEKOMMENTAR
DER FREI ZUGÄNGLICHE
RECHTSKOMMENTAR

KOMMENTIERUNG ZU

Art. 28 StGB

Eine Kommentierung von Lorena Gisler

Herausgegeben von Marianne Johanna Lehmkuhl / Jan Wenk

Stand der Bearbeitung: 29.08.2026

PDF erstellt am: 06.10.2026

DOI: 10.17176/20260829-162701-0

ZITIERVORSCHLAG

Lorena Gisler, Kommentierung zu Art. 28 StGB, in: Marianne Johanna Lehmkuhl/Jan Wenk (Hrsg.), Onlinekommentar zum Schweizerischen Strafgesetzbuch

Kurzzitat: OK-Gisler, Art. 28 StGB N. XXX.

6. Strafbarkeit der Medien

Art. 28

¹ Wird eine strafbare Handlung durch Veröffentlichung in einem Medium begangen und erschöpft sie sich in dieser Veröffentlichung, so ist, unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen, der Autor allein strafbar.

² Kann der Autor nicht ermittelt oder in der Schweiz nicht vor Gericht gestellt werden, so ist der verantwortliche Redaktor nach Artikel 322^{bis} strafbar. Fehlt ein verantwortlicher Redaktor, so ist jene Person nach Artikel 322^{bis} strafbar, die für die Veröffentlichung verantwortlich ist.

³ Hat die Veröffentlichung ohne Wissen oder gegen den Willen des Autors stattgefunden, so ist der Redaktor oder, wenn ein solcher fehlt, die für die Veröffentlichung verantwortliche Person als Täter strafbar.

⁴ Die wahrheitsgetreue Berichterstattung über öffentliche Verhandlungen und amtliche Mitteilungen einer Behörde ist strafflos.

GLIEDERUNG

I. Sinn und Zweck von Art. 28 StGB	3
II. Ausschliessliche Strafbarkeit des Autors (Abs. 1)	4
A. Medienbegriff	4
1. Begriffsverständnis im Kontext traditioneller Medienstrukturen	4
2. Begriffsverständnis im Kontext sozialer Medien	5
B. Veröffentlichung	6
1. Notwendigkeit der Öffentlichkeit	6
2. Beschränkung auf medienspezifische Mitwirkung	7
C. Erschöpfung in der Veröffentlichung	8
D. Zur Strafbarkeit des Autors	10
III. Zweistufige subsidiäre Verantwortlichkeit (Abs. 2)	11
A. Stufe 1: Haftung des verantwortlichen Redaktors	11
B. Stufe 2: Haftung der für die Veröffentlichung verantwortlichen Person	12
1. Veröffentlichung im Allgemeinen	12
2. Veröffentlichung im Internet	12
IV. Veröffentlichung ohne Zustimmung des Autors (Abs. 3)	15
A. Veröffentlichung ohne Wissen	15
B. Veröffentlichung gegen den Willen	15
V. Strafflosigkeit der wahrheitsgetreuen Berichterstattung (Abs. 4)	16
A. Grund der Strafflosigkeit	16
B. Behördenbegriff	16
C. Wahrheitsgetreue Berichterstattung	16
D. Öffentliche Verhandlungen	18
E. Amtliche Mitteilungen	18
Literaturverzeichnis	19
Materialienverzeichnis	21

I. SINN UND ZWECK VON ART. 28 STGB

- 1 Die medienstrafrechtliche Sonderbestimmung in Art. 28 StGB¹ trägt dem hohen Stellenwert der verfassungsrechtlich gewährleisteten **Kommunikationsgrundrechte** Rechnung, insbesondere der Meinungs- und Medienfreiheit.²
- 2 Jede Person hat nach der in Art. 16 Abs. 1 und 2 BV³ verankerten **Meinungsfreiheit** das Recht, ihre Meinung frei zu bilden sowie ungehindert zu äussern und zu verbreiten. Zu den zentralen Aspekten der freien Meinungsäusserung zählt auch die Medienfreiheit.⁴
- 3 Die **Medienfreiheit** nach Art. 17 Abs. 1 BV gewährleistet den ungehinderten Informationsfluss und dient dem Schutz des freien Meinungs austauschs. Erfasst sind neben der Recherchetätigkeit auch die Zugänglichmachung und Verbreitung von Informationen und Meinungen an eine unbestimmte Vielzahl von Adressaten.⁵ Die damit verbundene **Freiheit des Medienschaffens** ist als «gesellschaftliche Grundressource»⁶ strukturelle Voraussetzung eines demokratischen Rechtsstaats.⁷
- 4 Die Medien haben als Informationsträger die Funktion eines Bindeglieds zwischen dem Staat und der Öffentlichkeit.⁸ In ihrer **Wächterrolle** sollen sie Missstände im Staat und in der Gesellschaft ungehindert aufdecken können und zur Kontrolle behördlicher Tätigkeiten beitragen.⁹ Zudem soll durch die freie Meinungsäusserung und die damit verbundene Vielfalt an Publikationen der öffentliche Diskurs gewährleistet werden.¹⁰
- 5 Aus dieser verfassungsrechtlichen Ausgangslage ergibt sich die Einsicht, dass Medien als **Träger öffentlicher Kritik und Kontrolle** auf besondere rechtliche Rahmenbedingungen angewiesen sind. Durch die **Kaskadenhaftung** in Art. 28 StGB und die damit einhergehende Konzentration auf eine primär verantwortliche Person wird das strafrechtliche Haftungsrisiko für die an der Herstellung und Verbreitung von Medienerzeugnissen Mitwirkenden gezielt reduziert.¹¹ Diese Modifikation bzw. Eingrenzung der Regeln über Täterschaft und Teilnahme¹² verhindert eine «Verkettung» strafrechtlicher Verantwortlichkeit über sämtliche Stufen der medialen Herstellung und Verbreitung und schafft einen Ausgleich zwischen der Medienfreiheit und dem strafrechtlichen Sanktionsbedürfnis.¹³
- 6 Da sich bei Mediendelikten¹⁴ oftmals nicht zuverlässig feststellen lässt, ob und in welchem Umfang eine Person an der strafbaren Veröffentlichung mitgewirkt hat, ist es zur Verhinderung von

1. Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. April 1937 (SR 311).

2. BGE 137 I 8, E. 2.5; Nobel/Weber, S. 416; Riklin, Medienstrafrecht, S. 67; Zimmerli, S. 14.

3. Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101).

4. BGE 147 IV 65, E. 5.2; BGE 137 I 209, E. 4.2.

5. BGE 137 I 209, E. 4.2; Kiener/Kälin/Wyttenbach, N. 997, 1109, 1011; Zimmerli, S. 14.

6. Salmina, S. 21.

7. BGE 147 IV 65, E. 5.2; BGE 137 I 209, E. 4.2; BGE 137 I 8, E. 2.5; Kiener/Kälin/Wyttenbach, N. 997; Riklin, Medienstrafrecht, S. 67; Zimmerli, S. 14.

8. BGE 147 IV 65, E. 5.2; BGE 137 I 209, E. 4.2; BGE 137 I 8, E. 2.5.

9. BGE 140 IV 108, E. 6.7; Nobel/Weber, S. 35, 411; Riklin, Medienstrafrecht, S. 67; Schwaibold, Facebook, N. 6; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 171.

10. Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 166; vgl. BGE 74 IV 129, E. 2; vgl. Nobel/Weber, S. 208.

11. Nobel/Weber, S. 415 f.; Riklin, Medienstrafrecht, S. 67; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 2, 29; vgl. Schwarzenegger, Twibel, S. 220 f.

12. BGE 147 IV 65, E. 5.3; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 11; Nobel/Weber, S. 414; Schwaibold, Facebook, N. 6; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 165 ff.; Schwarzenegger, Twibel, S. 221.

13. Nobel/Weber, S. 411 f.; vgl. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 1.

14. Zum Mediendelikt N. 29 ff.

schwerfälligen

und komplizierten Verfahren zur Feststellung der Verantwortlichkeiten zudem auch aus **straftprozessualer Sicht** geboten, dass sich die Strafverfolgung primär auf eine Person konzentriert.¹⁵

- 7 Ohne die zwingende und abschliessende Kaskadenhaftung¹⁶ bestünde die Gefahr, dass die Mitwirkung an der Verbreitung neuer, potenziell kontroverser Gedanken eingeschränkt oder gar unterdrückt würde. Dies nähme den Medien ihre Grundlage als Institution der demokratischen Öffentlichkeit und ihre Funktion als Wächter der Gesellschaft.¹⁷ Art. 28 StGB dient daher der **Vermeidung repressiver Abschreckungseffekte** und dem Schutz der Meinungs- und Medienfreiheit.¹⁸
- 8 Der dargelegte Sinn und Zweck wirft die Frage auf, ob die für traditionelle Medien entwickelte Sonderbestimmung auch auf **soziale Medien** übertragbar ist bzw. sein sollte. Angesichts der allgemeinen Zugänglichkeit von Publikationsmöglichkeiten im Internet und der veränderten Medienstruktur erscheint eine Privilegierung im Rahmen von Art. 28 StGB nach geltendem Recht fraglich¹⁹ und bedarf weiterer Forschung.

II. AUSSCHLIESSLICHE STRAFBARKEIT DES AUTORS (ABS. 1)

A. Medienbegriff

- 9 Art. 28 StGB setzt die Begehung einer strafbaren Handlung «durch Veröffentlichung in einem Medium» voraus. Die Anwendbarkeit knüpft somit an die **Nutzung eines Mediums** an.

1. Begriffsverständnis im Kontext traditioneller Medienstrukturen

- 10 Der bei der Entstehung der Norm prägende Begriff der «Druckerpresse» erfasste sämtliche Erzeugnisse, die mittels eines mechanischen Verfahrens in unbegrenzter Anzahl **vervielfältigt** werden konnten, wie etwa Broschüren oder Plakate.²⁰
- 11 Der Gesetzgeber legte der Revision des Medienstrafrechts 1996 durch eine «gesamtmediale Betrachtungsweise» ein weites und flexibles Verständnis des Medienbegriffs zugrunde, um den raschen technischen Entwicklungen Rechnung tragen zu können. Er sah dabei eine Erweiterung des Anwendungsbereichs auf alle zur Kommunikation einsetzbaren Mittel und damit «auf alle Medien» vor.²¹ Auf eine normative Definition des Begriffs verzichtete er jedoch. Dadurch entsteht ein **offenes** und **dynamisches Begriffsverständnis**, dessen Konkretisierung der Lehre und Rechtsprechung überlassen bleibt.
- 12 Der Grossteil der heutigen Lehre sowie die Rechtsprechung gehen von einem **funktionalen Medienbegriff** aus, der sich nicht auf Massenmedien beschränkt²², sondern alle für die

15. BGE 128 IV 53, E. 5e; Musy, S. 15; Riklin, Kaskadenhaftung, S. 203; Riklin, Medienstrafrecht, S. 79; Riklin, Presserecht, § 5 N. 7; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 11; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 242; CR–Werly, Art. 28 StGB N. 23; vgl. PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 2.

16. HK–Wohlers, Art. 28 StGB N. 1.

17. BGE 147 IV 65, E. 5.4.2; Botschaft 1918, S. 11; Riklin, Kaskadenhaftung, S. 203; vgl. Riklin, Medienstrafrecht, S. 79 f.; vgl. PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 2.

18. Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 170; Schwarzenegger, Twibel, S. 220 f.

19. Schwaibold, Twitter, N. 20; vgl. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 24. Zu den Kommunikationsfreiheiten abgeleiteten Ziele des Medienstrafrechts und ihre Angemessenheit im Internetzeitalter ausführlich Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 169 ff., 187 f.

20. BGE 147 IV 65, E. 5.4.1; BGE 128 IV 53, E. 5c; BGE 74 IV 129, E. 2; PC–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 28 StGB N. 4; Riklin, Presserecht, § 5 N. 78.

21. Botschaft 1996, S. 549.

Kommunikation einsetzbaren physischen und elektronischen Mittel umfasst.²³ Neben klassischen **Kommunikationsträgern**, etwa Zeitungen, Zeitschriften oder Radio gelten gemäss dem Bundesgericht auch elektronische **Kommunikationsmittel**, wie beispielsweise Video, Teletext oder Videotext als Medium.²⁴ Eine Periodizität ist dabei nicht vorausgesetzt, sodass auch einmalige oder unregelmässige Medienerzeugnisse erfasst werden, insbesondere Publikationen in Büchern oder Kinofilme.²⁵ Ebenso ist es unerheblich, ob die Vervielfältigung innerhalb eines organisierten Betriebs oder ausserhalb erfolgt.²⁶

2. Begriffsverständnis im Kontext sozialer Medien

- 13 Das Aufkommen sozialer Medien wirft die Frage auf, ob diese ebenfalls in den Anwendungsbereich von Art. 28 StGB fallen. Die überwiegende Mehrheit der Lehre geht basierend auf einem **weiten Begriffsverständnis** davon aus, dass soziale Medien unter den Begriff des Mediums fallen.²⁷ Es werden jedoch auch kritische Stimmen laut, die eine Begrenzung auf unternehmerisch organisierte Medienunternehmen fordern²⁸ oder soziale Medien wie Facebook oder Twitter grundsätzlich nicht als Medium i.S.v. Art. 28 StGB qualifizieren.²⁹
- 14 Soziale Medien ist ein **Sammelbegriff** für eine Vielzahl digitaler, vernetzter Infrastrukturen und Technologien, die das onlinebasierte Erstellen, Bearbeiten und Veröffentlichen von Inhalten ermöglichen, den Zugang zu Informationen und deren Verbreitung erleichtern sowie die aktive Partizipation und Beziehungspflege zwischen Menschen unterstützen.³⁰ Soziale Medien treten dabei in verschiedenen Ausprägungen auf. Neben sozialen Netzwerken, Mikroblogs, Newsgroups, Instant-Messaging-Diensten sowie audiovisuellen Medienseiten sind auch Mischformen möglich.³¹
- 15 Dieses Begriffsverständnis verdeutlicht, dass die Einordnung sozialer Medien als Oberkategorie noch keinen unmittelbaren Rückschluss darauf erlaubt, ob im konkreten Einzelfall ein medienstrafrechtlich relevantes Medienerzeugnis in einem von Art. 28 StGB erfassten Medium vorliegt. Das Bundesgericht betont, dass der weite Medienbegriff **nicht** dazu führt, dass soziale Medien **automatisch als Medium** zu qualifizieren sind. Es relativiert die eigenständige Voraussetzung des Mediums, indem es die Anwendbarkeit von Art. 28 StGB im Einzelfall darauf abstellt, ob «das Medienerzeugnis der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.»³² Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs verschiebt sich damit vom blossen Begriff des Mediums hin zum Erfordernis der tatsächlichen öffentlichen Zugänglichmachung.³³
- 16 Um diese Verschiebung zu verhindern, ist die Qualifikation als Medium daran zu knüpfen, ob durch ein Mittel gedankliche oder bildliche Inhalte einem grösseren, nicht persönlich verbundenen Personenkreis **zugänglich gemacht werden kann** und daher **zur öffentlichen Vermittlung**

22. BGE 147 IV 65, E. 5.4.3; statt Vieler Schwaibold, Twitter, N. 8; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 168.

23. Nobel/Weber, S. 414; Schwarzenegger, Twibel, S. 223; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 3.

24. BGE 147 IV 65, E. 5.4.3; kritisch hierzu Schwaibold, Facebook, N. 14.

25. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 48.

26. BGE 147 IV 65, E. 5.4.1; BGE 74 IV 129, E. 2.

27. Nobel/Weber, S. 414; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 2; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 173 f.; Schwarzenegger, Twibel, S. 223 f.; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 3; a. M. in Bezug auf Twitter Schwaibold, Twitter, N. 1 ff.

28. Schwaibold, Twitter, N. 20, 33; Schwarzenegger, Twibel, S. 231; a. M. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 47.

29. Schwaibold, Facebook, N. 11 ff.; Schwaibold, Twitter, insbesondere N. 8 ff. Er schlägt vor, dass sich der Medienbegriff nach Art. 28 StGB an demjenigen von Art. 28a StGB orientieren sollte.

30. Nobel/Weber, S. 26 f.; Stumpp/Michelis, S. 21 f.

31. BGE 147 IV 65, E. 5.4.4.

32. BGE 147 IV 65, E. 5.4.4; Donatsch/Gothenzi/Tag, S. 209; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 243; HK–Wohlers, Art. 28 StGB N. 2.

33. Schwaibold, Twitter, N. 41; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 168.

geeignet ist.³⁴ Das Erfordernis der Veröffentlichung hingegen umfasst die konkrete Verwendung des Mediums und ist als separate Voraussetzung zu prüfen.

B. Veröffentlichung

1. Notwendigkeit der Öffentlichkeit

- 17 Die strafbare Handlung muss durch Veröffentlichung begangen werden. Eine Veröffentlichung liegt vor, wenn ein Inhalt in Verkehr gebracht und damit dem **Kontroll- oder Einflussbereich** des Autors **entzogen** wird, wodurch dieser den Zugriff der Adressaten nicht mehr steuern kann.³⁵
- 18 Der Inhalt muss daher der **Öffentlichkeit zugänglich** sein, sodass er von einer unbestimmten Vielzahl von Personen oder einem grösseren Personenkreis wahrgenommen werden kann, der nicht durch persönliche Beziehungen verbunden ist.³⁶ Nicht als veröffentlicht gilt folglich ein Inhalt, der sich im privaten Rahmen hält, wobei das Private durch den Familien- und Freundeskreis oder ein besonderes Vertrauensverhältnis geprägt ist.³⁷ Darunter fällt insbesondere die Kommunikation zwischen Einzelpersonen per E-Mail oder SMS.³⁸ Mit diesem Erfordernis der öffentlichen Zugänglichmachung wird der Anwendungsbereich von der direkten Kommunikation abgegrenzt, welche nicht unter Art. 28 StGB fällt.³⁹
- 19 Als Veröffentlichung gilt auch, wenn der Inhalt einem begrenzten Adressatenkreis zugänglich gemacht wird, sofern er grundsätzlich innerhalb dieses Kreises von **jeder interessierten Person zur Kenntnis genommen** werden kann.⁴⁰ Dies ist etwa dann der Fall, wenn in einer Gemeinde eine Broschüre in einer Auflage von zweihundert Exemplaren verteilt wird.⁴¹
- 20 Eine **tatsächliche Kenntnisnahme** des Inhalts ist **nicht vorausgesetzt**.⁴² Die zeitliche Beschränkung der Zugänglichkeit hebt die Veröffentlichung nicht auf. Auch wenn Inhalte später zurückgerufen oder entfernt werden, gelten sie als veröffentlicht.⁴³
- 21 Bei **Presseerzeugnissen** ist der Beginn der Zustellung, beispielweise durch die Übergabe an die Post, massgeblich für die Veröffentlichung.⁴⁴ Bei **elektronischen Medien** ist das Erfordernis der Öffentlichkeit neben Webseiten auch erfüllt bei Kommunikationen in Newsgroups, über Apps oder durch die Verbreitung via Mailinglisten, sofern sich diese an ein breites Publikum richten.⁴⁵
- 22 Bei **Plattformen sozialer Medien** wird grundsätzlich angenommen, dass sie sich an die Öffentlichkeit richten. Eine Ausnahme liegt vor, wenn der Autor einen Beitrag durch individuelle

34. Niggli/Schwarzenegger, S. 65; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 243; HK-Wohlers, Art. 28 StGB N. 2; vgl. Donatsch/ Godenzi/Tag, S. 209 f.

35. Donatsch/Thommen/Wohlers, S. 615; Nobel/Weber, S. 415; Riklin, Kaskadenhaftung, S. 208; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 176; BSK-Zeller, Art. 28 StGB N. 51.

36. BGE 147 IV 65, E. 5.4.4; BGE 128 IV 53, E. 5c; BGE 82 IV 71, E. 4; BGE 74 IV 129, E. 2; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 209; Nobel/Weber, S. 415; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 4; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 175; CR-Werly, Art. 28 StGB N. 15.

37. Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 176; vgl. in Analogie zu Art. 261^{bis} StGB BGE 130 IV 111, E. 5.2.2.

38. BSK-Zeller, Art. 28 StGB N. 53.

39. BGE 147 IV 65, E. 5.4.3; dem Bundesgericht zustimmend Schwaibold, Facebook, N. 18; Schwaibold, Twitter, N. 17; BSK-Zeller, Art. 28 StGB N. 44.

40. BGE 128 IV 53, E. 5c; BGE 82 IV 71, E. 4; BGE 74 IV 129, E. 2; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 209; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 176.

41. BGE 74 IV 129, E. 2.

42. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 210; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 177; vgl. BGE 128 IV 53, E. 5d; vgl. Schwarzenegger, Twibel, S. 225.

43. PK-Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 6.

44. Donatsch/Thommen/Wohlers, S. 615; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 176.

Einstellungen bewusst nur einem beschränkten Personenkreis zugänglich macht.⁴⁶ Mitteilungen, die in geschlossenen, persönlich verbundenen Kommunikationskreisen verbreitet werden, fallen daher nicht unter den Anwendungsbereich von Art. 28 StGB.⁴⁷ Ein Beitrag kann folglich dann als Veröffentlichung in einem Medium gelten, wenn er sich an einen **grösseren, nicht persönlich verbundenen Personenkreis** richtet.⁴⁸ Explizit als Veröffentlichung in einem Medium qualifiziert wurden bislang Beiträge auf dem weltweit grössten sozialen Netzwerk «Facebook»⁴⁹ sowie auf der Mikroblogging-Plattform «Twitter».⁵⁰

2. Beschränkung auf medienspezifische Mitwirkung

- 23 Eine Veröffentlichung kann nicht nur die **Herstellung**, sondern auch die **Verbreitung** eines Medienerzeugnisses erfordern.⁵¹ Die Anzahl der an diesem Prozess potenziell beteiligten Personen kann gross sein, da diese nicht zwingend Teil eines Medienunternehmens sein müssen.⁵²
- 24 Um die Anwendbarkeit von Art. 28 StGB zu begrenzen, ist eine **medienspezifische Mitwirkung** an der Herstellung oder Verbreitung des Medienerzeugnisses erforderlich.⁵³ Wer an einer Veröffentlichung innerhalb der typischen Herstellungs- und Verbreitungskette mitwirkt, kann sich auf die ausschliessliche Strafbarkeit des Autors berufen. Bei einer Mitwirkung ausserhalb dieser Kette entfällt der medienspezifische Bezug und damit das Haftungsprivileg. In einem solchen Fall kommt die strafrechtliche Verantwortlichkeit für das betreffende Mediendelikt nach den allgemeinen Regeln über Täterschaft und Teilnahme in Betracht, da eine Berufung auf die Kaskadenhaftung nach Art. 28 StGB ausgeschlossen ist.⁵⁴
- 25 Es ist jeweils im **Einzelfall** zu prüfen, was unter die medienspezifische Mitwirkung fällt. Dabei stellt sich die zentrale, medienabhängig unterschiedlich zu beantwortende Frage, wann eine Veröffentlichung als beendet gilt, da mit diesem Zeitpunkt die Möglichkeit weiterer medienspezifischer Mitwirkung entfällt.⁵⁵ Solange der Veröffentlichungsprozess noch gestoppt und damit Einfluss oder Kontrolle über den Inhalt ausübt werden kann, ist die Handlung nicht vollendet. Erst wenn die Äusserung für Dritte sichtbar und wahrnehmbar ist, gilt die Veröffentlichung als beendet.⁵⁶
- 26 Die Anwendungsschwierigkeiten des Kriteriums der medienspezifischen Mitwirkung treten insbesondere bei **sozialen Medien** zutage. Das Bundesgericht hat sich zuletzt mit dieser Frage in

45. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 52.

46. BGE 147 IV 65, E. 5.4.4; Schwarzenegger, Twibel, S. 224 ff.; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 243; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 52a.

47. BGE 147 IV 65, E. 5.4.4; Donatsch/Gothenzi/Tag, S. 209; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 168; HK–Wohlers, Art. 28 StGB N. 2.

48. BGE 147 IV 65, E. 5.4.4, 5.6; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 168; HK–Wohlers, Art. 28 StGB N. 2; kritisch hierzu Schwaibold, Facebook, N. 1 ff.

49. Vgl. zum Ganzen BGE 147 IV 65.

50. BezGer ZH 66150250 vom 26.1.2016, E. 4.3 (Infolge einer Einigung der Parteien vor Obergericht und dem damit verbundenen Rückzug des Strafantrags durch den Privatkläger wurde das Urteil aufgehoben. Angesichts der präjudizialen Qualität seiner Erwägungen wird das Urteil gleichwohl in die vorliegende Betrachtung einbezogen.). Dem Urteil zustimmend Roth, S. 293; ablehnend Schwaibold, Twitter, N. 1 ff.

51. BGE 147 IV 65, E. 5.4.3; BGE 128 IV 53, E. 5e; BGE 73 IV 65, S. 67.

52. BGE 147 IV 65, E. 5.4.3; BGE 128 IV 53, E. 5e; BGE 74 IV 129, E. 2; BGE 73 IV 65, S. 67; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 26.

53. BGE 147 IV 65, E. 5.5; BGE 128 IV 53, E. 5e; Riklin, Kaskadenhaftung, S. 208; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 16.

54. BGE 147 IV 65, E. 5.5; BGE 128 IV 53, E. 5e; BGE 86 IV 145, E. 1; BGE 73 IV 65, S. 67 f.; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 16; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 9; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 245; CR–Werly, Art. 28 StGB N. 24.

55. Donatsch/Gothenzi/Tag, S. 210; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 178; Schwarzenegger, Twibel, S. 224 f.; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 60.

einem Entscheid zu Facebook befasst, ohne dabei die typische Herstellungs- und Verbreitungskette ausdrücklich darzulegen.⁵⁷

- 27 Während **Retweets** (Plattform X, früher Twitter) aufgrund des technischen Konzepts noch als Teil der medientypischen Verbreitung betrachtet werden⁵⁸, gilt ein mit **eigenem Kommentar versehener Repost** auf Facebook als eigenständige Veröffentlichung und fällt damit nicht mehr unter den Anwendungsbereich von Art. 28 StGB.⁵⁹ Zur Begründung führt das Bundesgericht an, dass der Ausgangspost durch den geteilten und kommentierten Beitrag der Kontrolle des ursprünglichen Autors entzogen ist.⁶⁰ Ein Repost, der mit einem eigenen Kommentar versehen ist, kann jedoch ausnahmsweise als medienspezifische Mitwirkung gelten, wenn er sich inhaltlich – vergleichbar mit einem Zitat – mit dem ursprünglichen Beitrag auseinandersetzt und die Absicht des Reposts nicht auf die blosser Weiterverbreitung der strafbaren Äusserung, sondern auf eine plattformspezifische Diskussion des Beitrags gerichtet ist.⁶¹
- 28 Nicht von der medienspezifischen Herstellungs- und Verbreitungskette erfasst werden weitere Verbreitungsformen wie beispielweise das **«Liken»**.⁶² Das **Setzen eines Hyperlinks** gehört nur in Ausnahmefällen zur typischen Herstellungs- und Verbreitungskette, da der Linksetzer selten unmittelbar am Veröffentlichungsprozess beteiligt ist. In der Regel verweist ein Link lediglich auf bereits veröffentlichte Inhalte.⁶³

C. Erschöpfung in der Veröffentlichung

- 29 Die strafbare Handlung muss sich in der Veröffentlichung erschöpfen. Der Anwendungsbereich ist folglich auf **Mediendelikte** beschränkt. Darunter sind Tatbestände zu verstehen, deren Deliktvollendung sich **in der strafbaren Veröffentlichung** erschöpft. Diese Voraussetzung ist insbesondere bei Tätigkeitsdelikten erfüllt, die auf einer strafbaren Gedankenäusserung beruhen. Tatbestände, deren Vollendung einen weitergehenden Erfolg als die Veröffentlichung erfordern, sind demnach ausgeschlossen.⁶⁴
- 30 Das Erfordernis, dass das strafbare Verhalten ausschliesslich durch die Veröffentlichung verwirklicht wird, erfüllen **Gedankenäusserungsdelikte**.⁶⁵ Der klassische Anwendungsfall sind die Ehrverletzungsdelikte nach Art. 173 ff. StGB.⁶⁶ Ebenfalls von Art. 28 StGB **erfasst** sind Art. 162 StGB

56. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 210 f.; Riklin, Kaskadenhaftung, S. 207; Schwarzenegger, Twibel, S. 224 f. Explizit zur Tatvollendung bei Ehrverletzungsdelikten BGE 146 IV 23, E. 2.2.4; BGE 102 IV 35, E. 2b; BGer 6B_440/2019 vom 18.11.2020, E. 2.4.1.

57. BGer 6B_440/2019 vom 18.11.2020 (BGE 147 IV 65), insbesondere E. 5.6. Das Bundesgericht liess die Frage der Privilegierung nach Art. 28 StGB bezüglich des Weiterverbreitens von Beiträgen auf Facebook im Urteil 6B_1114/2018 vom 29.1.2020, E. 3, noch offen.

58. BGer 5A_195/2016 vom 4.7.2016, E. 5.3; BezGer ZH GG150250, E. 4.5; a. M. Schwaibold, Twitter, N. 37; Schwarzenegger, Twibel, S. 227 ff.; Sempach, N. 31. In der Lehre wird auf die Unterscheidung zwischen automatisierten und manuellen Retweets hingewiesen, Bähler, N. 31.

59. BGE 147 IV 65, E. 5.5 f.; kritisch zur Herleitung des Bundesgerichts Schwaibold, Facebook, insbesondere N. 36 ff.

60. BGE 147 IV 65, E. 5.6.

61. Vgl. Sempach, N. 31.

62. Riedo/Beglinger, S. 1261; Roth, S. 294; Sempach, N. 32; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 9.

63. Schwarzenegger/Niggli, S. 30.

64. BGE 128 IV 53, E. 5c; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 210; Nobel/Weber, S. 412 f.; Riklin, Kaskadenhaftung, S. 199; Riklin, Presserecht, § 5 N. 82; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 178 f.; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 169; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 243 f.; vgl. PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 7.

65. Riklin, Medienstrafrecht, S. 78; Riklin, Presserecht, § 5 N. 82; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 5; Schultz, S. 275; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 7.

66. A. M. bzgl. Art. 173 ff. StGB Donatsch/Godenzi/Tag, S. 211 f., Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 181 ff.; Schwarzenegger, Twibel, S. 230.

(Verletzung des Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisses), Art. 259 StGB (Öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit), Art. 276 StGB (Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten), Art. 293 StGB (Veröffentlichung amtlich geheimer Verhandlungen), Art. 320 f. StGB (Verletzung von Amts- und Berufsgeheimnissen) und Art. 3 i.V.m. Art. 23 UWG⁶⁷ (unlauterer Wettbewerb).⁶⁸

- 31 Straftatbestände, deren Vollendung eine **aktive Mitwirkung** voraussetzt oder deren Erfolg von einer seelischen **Auswirkung beim Opfer** abhängt, sind vom Anwendungsbereich des Art. 28 StGB ausgeschlossen, weil die Deliktvollendung nicht bereits durch die Veröffentlichung des Inhalts eintritt.⁶⁹ Art. 28 StGB findet folglich **keine Anwendung** auf Art. 146 StGB (Betrug), Art. 156 StGB (Erpressung), Art. 180 StGB (Drohung), Art. 181 StGB (Nötigung) sowie Art. 258 StGB (Schreckung der Bevölkerung).⁷⁰ Umstritten ist die Anwendbarkeit von Art. 28 StGB auf die Vorschriften des URG⁷¹ (Urheberrechtsverletzungen).⁷²
- 32 Das Bundesgericht hat zudem festgelegt, dass **Art. 28 StGB nur dann** greift, wenn die Anwendung **nicht dem Zweck widerspricht**, den der Gesetzgeber mit der Sanktionierung der zugrunde liegenden Haupttat verfolgt.⁷³ Diese Einschränkung wird damit begründet, dass eine Strafnorm, die gerade darauf abzielt, die Veröffentlichung bestimmter Äusserungen oder Darstellungen – mithin illegaler Inhalte – zu verhindern, durch eine Beurteilung der Verantwortlichen nach Art. 28 StGB in ihrem gesetzgeberischen Zweck unterlaufen würde.⁷⁴ Gestützt auf diese Voraussetzung ist die Anwendung von Art. 28 StGB insbesondere auf Art. 135 StGB (Gewaltdarstellungen), Art. 197 Abs. 4 StGB (harte Pornographie) und Art. 261^{bis} (Abs. 4) StGB (Diskriminierung und Aufruf zu Hass) ausgeschlossen.⁷⁵
- 33 Diese durch das Bundesgericht eingeführte Einschränkung des Anwendungsbereichs entgegen dem Wortlaut wird in der **herrschenden Lehre kritisiert**, da sie das Medienstrafrecht weitgehend aushöhlt.⁷⁶ Zur Gewährleistung der Rechtssicherheit wird unter anderem verlangt, dass der Gesetzgeber eine abschliessende Liste der Mediendelikte gesetzlich verankert.⁷⁷

67. Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 (SR 241).

68. BGE 128 IV 53, E. 5c; BGE 125 IV 206, E. 3b; Donatsch/Thommen/Wohlers, S. 615; CR–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 322^{bis} StGB N. 9; Nobel/Weber, S. 412; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 7; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 169; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 N. 7; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 244; HK–Wohlers, Art. 28 N. 3. Werly geht von einem weiten Verständnis von Mediendelikten aus und zählt auch Art. 135 StGB, Art. 179 StGB, Art. 197 StGB, Art. 261 StGB, Art. 261^{bis} StGB, Art. 266 StGB, Art. 266^{bis} StGB, Art. 267 StGB, Art. 275^{bis} StGB, Art. 296 StGB, Art. 297 StGB und Art. 329 StGB zu den Mediendelikten, CR–Werly, Art. 28 StGB N. 16.

69. BGE 125 IV 206, E. 3b; PC–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 28 StGB N. 8; Nobel/Weber, S. 412; Schultz, S. 275; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 244; CR–Werly, Art. 28 StGB N. 16.

70. BGE 125 IV 206, E. 3b; Hafter, S. 138; Nobel/Weber, S. 412; Riklin, Presserecht, § 5 N. 82; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 170; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 N. 7.

71. Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9. Oktober 1992 (SR 231.1).

72. Zustimmend BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 67; ablehnend Riklin, Strafrecht, § 20 N. 9; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 173; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 7, da sich das Urheberstrafrecht gegen die Verfügung über fremde Geisteswerke und nicht gegen die Gedankenäusserung richte.

73. BGE 125 IV 206, E. 3c; Donatsch/Gothenzi/Tag, S. 212; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 12 f.; Schultz, S. 275.

74. BGE 125 IV 206, E. 3c; gl. M. Schultz, S. 278; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 7, welche jedoch eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage fordern, weil es sich um eine «strafbarkeitserweiternde» Abweichung vom Gesetzeswortlaut handle.

75. BGE 126 IV 176, E. 2; BGE 125 IV 206, E. 3c; Donatsch/Gothenzi/Tag, S. 212; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 244.

76. Bericht Expertenkommission, S. 62 f.; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 185 f.; Schwarzenegger, Twibel, S. 226; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 169; CR–Werly, Art. 28 StGB N. 20; HK–Wohlers, Art. 28 N. 3; ausführlich hierzu Riklin, Kaskadenhaftung, S. 199 ff.

77. Hafter, S. 150; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 187; Schwarzenegger, Twibel, S. 231.

D. Zur Strafbarkeit des Autors

- 34 Sind die Voraussetzungen von Art. 28 Abs. 1 StGB erfüllt, haftet – vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 – **ausschliesslich der Autor**. Dies ergibt sich daraus, dass sowohl die inhaltliche Kontrolle als auch die Entscheidungsbefugnis über die Veröffentlichung bei ihm liegen, sofern die Publikation nicht ohne seine Zustimmung erfolgt ist (vgl. Art. 28 Abs. 3 StGB).⁷⁸
- 35 Durch die ausschliessliche Strafbarkeit des Autors werden mit Ausnahme des Autors alle Personen privilegiert, die **medienspezifisch am Medienerzeugnis mitgewirkt** haben.⁷⁹ Sie unterliegen der Kaskadenhaftung und bleiben – abweichend von der allgemeinen Täterschafts- und Teilnahmelehre⁸⁰ – straflos oder können lediglich subsidiär zur Verantwortung gezogen werden.⁸¹
- 36 Als Autor gilt, wer den **Inhalt** des Medienerzeugnisses **bestimmt** und ihm die **äussere Form verleiht**. Dieses Erfordernis gilt auch dann als erfüllt, wenn der Inhalt in ein neues Dokument übernommen oder im Rahmen einer Website online veröffentlicht wird.⁸² In diesem Sinne können auch Blogger und Verfasser von Leserbriefen oder Kolumnen als Autoren qualifiziert werden.⁸³ Die Autoreneigenschaft erfüllt ebenfalls, wer den Inhalt **durch einen Dritten verfassen** lässt oder sich **als Autor ausgibt** und die Verantwortung übernimmt.⁸⁴
- 37 **Nicht** als Autor gilt die **übersetzende Person**, da sie den gedanklichen Gehalt nicht eigenständig prägt, sofern sie keine inhaltlichen Änderungen vornimmt und die Übersetzung keine sinnverändernden Fehler enthält.⁸⁵ Ebenfalls nicht erfasst ist, wer eine Agenturmeldung unter Quellenangabe weitergibt.⁸⁶ Auch ein Betreiber eines Internet-Diskussionsforums gilt nicht als Autor, da er keine eigene inhaltliche Gestaltung vornimmt und die Beiträge nicht gedanklich prägt.⁸⁷
- 38 Liegt eine strafbare Handlung vor, die von mehreren Autoren gemeinschaftlich begangen wurde, können nach den Grundsätzen der Mittäterschaft alle Autoren als Täter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.⁸⁸
- 39 Im Unterschied zum Strafrecht besteht im **Zivilrecht** keine Regelung, welche die Verantwortlichkeit ausschliesslich auf den Autor beschränkt. Der geschädigten Person steht daher der zivilrechtliche Weg nach Art. 28 Abs.1 ZGB offen, wonach gegen jede Person vorgegangen werden kann, die an der Persönlichkeitsverletzung mitwirkte.⁸⁹

78. Art. 28 Abs. 3 StGB; vgl. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 73.

79. BGE 147 IV 65, E. 5.5; BGE 128 IV 53, E. 5e; BGE 86 IV 145, E. 1; BGE 73 IV 65, S. 67; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 172; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 244 f.

80. BGE 147 IV 65, E. 5.3; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 11; Nobel/Weber, S. 414; Schwaibold, Facebook, N. 6; Schwarzenegger, Anwendungsbereich, S. 172; Schwarzenegger, Twibel, S. 221.

81. Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 245; HK–Wohlers, Art. 28 StGB N. 1.

82. BGE 128 IV 53, E. 5e; BGE 73 IV 218 E. 2; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 13; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 8; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 244.

83. Nobel/Weber, S. 417; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 80.

84. BGE 128 IV 63, E. 5e; BGE 82 IV 71, E. 1; BGE 73 IV 218, E. 2; BGE 6B_683/2016 vom 14.3.2017, E. 2.3; Botschaft 1996, S. 550; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 213; Nobel/Weber, S. 416; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 13; CR–Werly, Art. 28 StGB N. 22.

85. BGE 128 IV 53, E. 5e; BGE 82 IV 71, E. 1.

86. Vgl. zum Ganzen BGE 82 IV 71; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 171.

87. BGE 6B_645/2007 vom 2.5.2008, E. 7.3.4.4.

88. BGE 128 IV 53, E. 5e; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 16; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 11 mit weiterführenden Ausführungen zur umstrittenen Frage, inwiefern bei Mediendelikten eine Teilnahme möglich ist. Die Teilnahme bejahend Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 245.

89. BGE 128 IV 53, E. 8; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 10.

III. ZWEISTUFIGE SUBSIDIÄRE VERANTWORTLICHKEIT (ABS. 2)

- 40 Art. 28 Abs. 2 StGB **beschränkt den Kreis an potenziell Verantwortlichen** auf eine gestufte Reihe subsidiär Haftender. Medienunternehmen sind gemäss Art. 322 Abs. 1 StGB verpflichtet, die Identität der nach Art. 28 Abs. 2 bzw. 3 StGB verantwortlichen Personen bekanntzugeben. Ein Teil der Lehre folgert daraus, dass als subsidiär verantwortliche Person nur in Betracht kommt, wer innerhalb des betreffenden Medienunternehmens tätig ist.⁹⁰ Das Bundesgericht hingegen erstreckt die Kaskadenhaftung auch auf Personen, die nicht einem Medienunternehmen angehören.⁹¹
- 41 Die subsidiär Verantwortlichen sind nicht für das Mediendelikt strafbar, sondern – dem Verschuldensprinzip Rechnung tragend – ausschliesslich nach Art. 322^{bis} StGB wegen des echten Unterlassungsdelikts der **vorsätzlichen oder fahrlässigen Nichtverhinderung einer strafbaren Veröffentlichung**.⁹² Dieses Verfahren tritt von Amtes wegen ein, wenn der Autor nicht ermittelt oder in der Schweiz nicht vor Gericht gestellt werden kann.⁹³
- 42 Das **Nichtverhindern einer Veröffentlichung** ist zu bejahen, wenn eine Veröffentlichung trotz bestehender Möglichkeit zur Verhinderung nicht unterbunden wurde. Eine Pflicht, gegen bereits erfolgte Veröffentlichungen einzuschreiten, besteht hingegen nicht, da das Delikt zu diesem Zeitpunkt bereits vollendet ist.⁹⁴ Eine Teilnahme am Delikt ist folglich nicht mehr möglich, womit auch die Anwendung der Kaskadenhaftung nach Art. 28 StGB ausgeschlossen ist.
- 43 Ist das vom Autor begangene **Mediendelikt ein Antragsdelikt**, greift die subsidiäre Verantwortlichkeit gemäss Art. 322^{bis} Abs. 3 StGB nur, wenn gegen den (un)bekannten Autor fristgerecht Strafantrag gestellt wurde.⁹⁵

A. Stufe 1: Haftung des verantwortlichen Redaktors

- 44 Kann der **Autor nicht ermittelt** oder in der Schweiz **nicht vor Gericht gestellt** werden, so haftet an seiner Stelle subsidiär der verantwortliche Redaktor.
- 45 Als verantwortlicher Redaktor gilt die Person, die sowohl die **inhaltliche Verantwortung** als auch die **tatsächliche Entscheidungsbefugnis** für die zur Veröffentlichung bestimmten Inhalte innehat. Die Veröffentlichung muss ihrem Verantwortungsbereich unterliegen, wobei entscheidend ist, dass sie die tatsächliche Möglichkeit zur inhaltlich-redaktionellen Überarbeitung hat. Die subsidiäre Haftung des verantwortlichen Redaktors erstreckt sich ausschliesslich auf Veröffentlichungen des Medienunternehmens, für das er tätig ist.⁹⁶
- 46 Gemäss Art. 322 Abs. 2 StGB müssen Zeitungen und Zeitschriften im **Impressum** einen verantwortlichen Redaktor nennen. Dieser muss jedoch nicht zwingend mit der im Impressum bezeichneten Person identisch sein. Massgeblich ist vielmehr, wer tatsächlich die Möglichkeit hatte, den strafrechtlich relevanten Inhalt abzuändern oder nicht zu veröffentlichen.⁹⁷

90. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 214; Niggli/Riklin/Stratenwerth, N. 18; Riklin, Medienstrafrecht, S. 82 f.

91. BGE 128 IV 53, E. 5e; BGE 74 IV 129, E. 2.

92. BGE 150 IV 433, E. 6.9; BGE 147 IV 65, E. 5.3; Canonica, S. 63; Donatsch/Thommen/Wohlers, S. 613; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 11; Nobel/Weber, S. 418; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 322^{bis} StGB N. 1; BK–Zeller, Art. 322^{bis} StGB N. 4, 8.

93. BGE 130 IV 121, E. 2.3.

94. PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 322^{bis} StGB N. 4; CR–Werly, Art. 322^{bis} StGB N. 6.

95. BGE 130 IV 121, E. 2.3; Canonica, S. 64; Donatsch/Thommen/Wohlers, S. 617.

96. BGer 6B_1033/2023 vom 8.7.2024, E. 6.8; Botschaft 1996, S. 551; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 214 f.; Donatsch/Thommen/Wohlers, S. 615; PC–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 322^{bis} StGB N. 12; Nobel/Weber, S. 418 f.; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 322^{bis} StGB N. 4; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 96.

97. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 214; PC–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 322^{bis} StGB N. 5.

B. Stufe 2: Haftung der für die Veröffentlichung verantwortlichen Person

1. Veröffentlichung im Allgemeinen

- 47 Fehlt auch ein verantwortlicher Redaktor, was vor allem ausserhalb von Medienunternehmen der Fall ist, so wird in einem weiteren Schritt die für die Veröffentlichung **verantwortliche Person** nach Art. 322^{bis} StGB haftbar.
- 48 Die Qualifikation der verantwortlichen Person setzt eine inhaltliche oder wirtschaftliche Mitwirkung an der Entscheidung über die Veröffentlichung voraus. Erfasst ist zudem, wer eine medienspezifische **Überwachungspflicht** innehat und die tatsächliche **Möglichkeit** besitzt, eine **Veröffentlichung zu verhindern**.⁹⁸

2. Veröffentlichung im Internet

- 49 Bei einer Veröffentlichung im Internet sind regelmässig **mehrere Akteure** beteiligt, die als verantwortliche Personen in Betracht kommen können. Diese Mehrfachbeteiligung erschwert die Zurechnung von strafrechtlicher Verantwortung und wirft die Frage auf, ob auch Internetprovider i.S.v. Art. 28 Abs. 2 StGB subsidiär haftbar gemacht werden können.⁹⁹ Die bisherige bundesgerichtliche Rechtsprechung lässt diese Frage unbeantwortet.¹⁰⁰
- 50 Im Unterschied zu Medienunternehmen, die eigene Inhalte herstellen, stellen **Internetprovider** in erster Linie technische Infrastruktur für Veröffentlichungen zur Verfügung.¹⁰¹ Sie lassen sich grob wie folgt unterscheiden:¹⁰²
- Content-Provider: bieten eigene Inhalte oder von Dritten übernommene Informationen an.
 - Access-Provider: stellen den Zugang zum Web und anderen Internetdiensten sicher.
 - Host-Provider: stellen Content-Providern auf vertraglicher Basis Speicherplatz und Serverinfrastruktur auf ihrem Web-Server zur Verfügung.
- 51 Ob diese Akteure als für die Veröffentlichung verantwortliche Personen qualifiziert werden können, ist umstritten und hängt von ihrem **Einfluss** auf den Inhalt sowie ihrer **Macht, die Veröffentlichung zu verhindern**, ab.¹⁰³ Da Provider zumeist juristische Personen sind, stellt sich die weiterführende Frage, anhand welcher Kriterien die verantwortliche natürlichen Person zu identifizieren ist.
- 52 Hinsichtlich **Content-Providern** besteht Einigkeit. Sie gestalten Inhalte und nehmen damit redaktionelle Entscheidungen vor. Es macht für die Verantwortlichkeit keinen Unterschied, ob sich eine Äusserung in traditionellen Medien oder auf einer Website befindet. Content-Provider gelten daher als **subsidiär verantwortliche Personen**.¹⁰⁴

98. BGer 6B_1033/2023 vom 8.7.2024, E. 6.8; Botschaft 1996, S. 551; Donatsch/Thommen/Wohlers, S. 615; PC–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 322^{bis} StGB N. 5; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 18 ff.; Nobel/Weber, S. 419 f.; Riklin, Strafrecht, § 20 N. 26; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 14; CR–Werly, Art. 322^{bis} StGB N. 8; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 93, 98.

99. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 217.

100. Eine analoge Anwendung zum sogenannten «Teleskop-Entscheid» (BGE 121 IV 109) scheidet insbesondere aufgrund der unterschiedlichen funktionalen Rollen der Beteiligten aus, vgl. Bericht Expertenkommission, S. 67; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 218; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 22 ff.

101. Nobel/Weber, S. 420.

102. Bericht Expertenkommission, S. 28 f.; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 216 f.; Niggli/Schwarzenegger, S. 61.

103. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 215 ff.; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 18 f.; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 100.

104. Bundesamt für Justiz, S. 14; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 216; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 42 f.; vgl. Riklin, Medienstrafrecht, S. 82.

- 53 Demgegenüber stellen sich bei **Access- und Host-Providern** komplexe Fragen. Es ist umstritten, ob diese von der Kaskadenhaftung erfasst sind bzw. sein sollten. Geht man davon aus, dass Art. 322^{bis} StGB die Verantwortlichkeit an die Zugehörigkeit zu einem Medienunternehmen knüpft, werden ausschliesslich Personen erfasst, die innerhalb eines solchen medientypisch tätig sind. Dies hat zur Konsequenz, dass Internetprovider grundsätzlich nicht unter den Anwendungsbereich der Kaskadenhaftung fallen, ausser sie üben parallel medientypische Funktionen aus.¹⁰⁵ Die Botschaft¹⁰⁶ und ein Bericht des Bundesamts für Justiz¹⁰⁷ haben die Qualifikation von Access- und Host-Providern als subsidiär verantwortliche Personen nach Art. 28 Abs. 2 StGB jedoch grundsätzlich bejaht. Die Lehre lehnt dies hingegen weitgehend ab und sieht Access- und Host-Provider zu Recht nicht vom Anwendungsbereich erfasst.¹⁰⁸
- 54 **Access-Provider** stellen ausschliesslich den technischen Zugang zum Internet bereit und ermöglichen den Nutzern den Zugriff auf bereits veröffentlichte Inhalte, ohne selbst Einfluss darauf zu nehmen.¹⁰⁹
- 55 Das Bundesamt für Justiz begründet die subsidiäre Verantwortlichkeit damit, dass Access-Provider ein «unabdingbares Glied in der Kette» sind, um die vom Autor erstellten Inhalte an den Endnutzer zu bringen.¹¹⁰ Gleichzeitig schränkt es die Verantwortlichkeit ein: Access-Provider gelten nur dann als subsidiär verantwortlich, wenn sie **konkrete und zuverlässige Kenntnis** vom Bestehen eines bestimmten deliktischen Inhalts erlangt haben und es daraufhin vorsätzlich unterlassen haben, diesen zu entfernen.¹¹¹ Diese Argumentation verkennt jedoch, dass gemäss Art. 322^{bis} Abs. 1 StGB auch fahrlässiges Unterlassen strafbar ist, was die Verletzung einer Sorgfaltspflicht voraussetzt.¹¹² Eine Pflicht zur flächendeckenden (vorgängigen) Kontrolle bzw. Überwachung von Inhalten besteht nicht¹¹³ und ist abzulehnen. Die erforderliche Sorgfaltspflicht wird daher mangels spezifischer gesetzlicher Grundlage vom Bundesamt für Justiz wenig überzeugend vom **allgemeinen Gefahrensatz** abgeleitet, da Medien ein besonderes Gefährdungspotenzial aufweisen und strafrechtlich relevante Inhalte ohne den Access-Provider nicht an den Nutzer gelangen würden.¹¹⁴ Aus der vermeintlichen Begründung der Eingrenzung der Verantwortlichkeit wird deutlich, dass Access-Provider aufgrund fahrlässigen Verhaltens in nahezu allen Fällen als subsidiär verantwortlich zu qualifizieren wären. Dem ist zu widersprechen.
- 56 Die subsidiäre Verantwortlichkeit setzt voraus, dass realistische Möglichkeiten bestehen, **Inhalte** zu **kontrollieren** und deren **Veröffentlichung** zu **verhindern**.¹¹⁵ Bei Access-Providern ist dies jedoch gerade nicht der Fall. Das Bereitstellen des Zugangs dient allein den Nutzern und begründet keine Verantwortung für die veröffentlichten Inhalte.¹¹⁶ Access-Provider üben **weder eine redaktionelle Tätigkeit** aus noch verfügen sie über aktive Filtermechanismen. Angesichts der enormen Datenmenge sind **Kontrollmöglichkeiten faktisch ausgeschlossen**. Ihnen fehlt daher die

105. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 214 ff.; Niggli/Schwarzenegger, S. 62; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 100.

106. Botschaft 1996, S. 552.

107. Bundesamt für Justiz, S. 15 ff.

108. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 216 f.; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 21; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 174; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 14.

109. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 216 f.; Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 21; Niggli/Schwarzenegger, S. 61, 72; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 105.

110. Bundesamt für Justiz, S. 19 ff.

111. Bundesamt für Justiz, S. 22 ff.

112. Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 5.

113. BGer 6B_645/2007 vom 2.5.2008, E. 7.3.4.4.2; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 103; BSK–Zeller, Art. 322^{bis} StGB N. 16; auf die Gefahr einer Übernahmefahrlässigkeit weisen Donatsch/Godenzi/Tag, S. 219 f. hin.

114. Bundesamt für Justiz, S. 22 f.

115. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 105.

116. Niggli/Schwarzenegger, S. 62 f.

Möglichkeit, Inhalte zu überwachen oder deren Veröffentlichung zu verhindern. Technisch können sie lediglich den Zugang unterbrechen. Zudem besteht in der Regel keine unmittelbare oder vertragliche Beziehung zum Autor.¹¹⁷ Access-Provider sind daher **nicht als subsidiär verantwortliche Personen** zu qualifizieren.¹¹⁸

- 57 **Host-Provider** betreiben die technische Infrastruktur und nehmen regelmässig eine automatisierte Aufschaltung von Inhalten vor. Dabei werden Daten des Content-Providers auf dem Server des Host-Providers gespeichert.¹¹⁹
- 58 Nach Auffassung des Bundesamts für Justiz stehen Host-Provider in der Übertragungskette zwischen Autor und Nutzer dem **Autor** funktional **am nächsten**. Aufgrund der vertraglichen Bindung an den Autor könnten sie sich Aufsichtsrechte über die von ihnen weitergeleiteten Inhalte vorbehalten. Folglich seien sie in der Lage, bei Bedarf die erforderlichen Sperrmassnahmen zu ergreifen. Unter diesen Umständen erscheine es sachgerecht, Hosting-Provider als subsidiär verantwortliche Personen zu qualifizieren.¹²⁰
- 59 Host-Provider sind am Veröffentlichungsprozess **nicht überwachend beteiligt** und üben **keine redaktionelle Tätigkeit** aus.¹²¹ Zwar verfügen sie über die technischen Möglichkeiten, eine Veröffentlichung durch Sperrmassnahmen zu verhindern. Eine Überwachungspflicht besteht hingegen nicht, da es keine Verpflichtung zur Verhinderung zukünftiger Rechtsverletzungen gibt.¹²² Die Tätigkeit von Host-Providern beschränkt sich auf die Bereitstellung von Speicherplatz und die automatisierte Aufschaltung von Informationen. Eine Verantwortlichkeit für die Inhalte folgt daraus nicht.¹²³ Host-Provider sind daher **nicht als subsidiär verantwortliche Personen** zu qualifizieren.¹²⁴
- 60 Aufgrund bestehender Unklarheiten hinsichtlich des Anwendungsbereichs von Art. 28 StGB bzw. Art. 322^{bis} StGB beauftragte der Bundesrat 2004 in Erfüllung einer Motion¹²⁵ eine Expertenkommission mit der Ausarbeitung einer Revisionsvorlage. Im Zuge dieser Arbeiten wurde eine Verantwortlichkeitsregel für Provider vorgeschlagen, die sich klar vom Anwendungsbereich von Art. 28 StGB abgrenzte.¹²⁶ Das Parlament **verzichtete** jedoch darauf, eine **entsprechende Regelung einzuführen**, da «auf der Grundlage des Medienstrafrechts (...) und der allgemeinen Grundsätze über Täterschaft und Teilnahme (...) sachgerechte Lösungen möglich» seien.¹²⁷
- 61 Auch beim Betrieb von **Plattformen sozialer Medien** stellen sich spezifische Zurechnungsfragen. Plattformbetreiber gestalten die Kommunikationsumgebung und bestimmen die Möglichkeiten der Kommunikation und Verbreitung von Inhalten.¹²⁸ Das Bundesgericht hat jedoch eine grundsätzliche permanente Überwachungspflicht für Online-Diskussionsforen verneint.¹²⁹ Dennoch ist denkbar, dass

117. Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 21; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 100, 105; vgl. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 216 f. Diesen Aspekt bejaht teilweise auch das Bundesamt für Justiz, S. 17.

118. Riklin, Strafrecht, § 20 N. 28; vgl. Niggli/Riklin/Stratenwerth, S. 43. Eine Strafflosigkeit für reine Access-Provider sieht auch die E-Commerce Richtlinie in Art. 12 vor.

119. Bericht Expertenkommission, S. 28 f.; Donatsch/Godenzi/Tag, S. 217.

120. Bundesamt für Justiz, S. 16.

121. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 217; vgl. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 96, 103.

122. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 103.

123. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 217; Niggli/Schwarzenegger, S. 62 f.

124. Eine Strafflosigkeit für Hosting-Provider ist auch in Art. 14 der E-Commerce-Richtlinie vorgesehen, sofern diese keine tatsächliche Kenntnis von der rechtswidrigen Tätigkeit oder Information haben.

125. Motion 00.3714, Netzwerkkriminalität. Änderung der rechtlichen Bestimmungen, abrufbar unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20003714>, besucht am 2.1.2026.

126. Donatsch/Godenzi/Tag, S. 219 f. Dass der Anwendungsbereich des Medienstrafrechts nicht auf Medienstrukturen im Internet übertragbar ist, wurde bereits 2003 festgestellt, siehe Bericht Expertenkommission, S. 65 f.

127. Bericht Bundesrat, Ziff. 3.1.

128. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 103a.

Plattformbetreiber unter bestimmten Umständen zur Überwachung und Verhinderung von rechtswidrigen Inhalten verpflichtet sind. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn eine Rechtsverletzung aufgrund der Umstände vorhersehbar ist, etwa bei wiederholten Verstößen eines Nutzers.¹³⁰ Ob und unter welchen Voraussetzungen Plattformbetreiber sozialer Medien subsidiär belangt werden können, bleibt damit offen und ist im Einzelfall kontextabhängig zu beurteilen.

IV. VERÖFFENTLICHUNG OHNE ZUSTIMMUNG DES AUTORS (ABS. 3)

- 62 Erfolgt eine Veröffentlichung ohne Wissen oder gegen den Willen des Autors, so ist der **verantwortliche Redaktor** und subsidiär die für die **Veröffentlichung verantwortliche Person** strafbar. Der Autor hingegen bleibt straflos, da er ohne Vorsatz zur Verwirklichung der Tat beigetragen hat.¹³¹
- 63 Im Unterschied zu Art. 28 Abs. 2 StGB, der die Strafbarkeit aus einem Unterlassen im Sinne von Art. 322^{bis} StGB ableitet, wird dem Täter bei einer Veröffentlichung ohne Zustimmung des Autors ein **aktives Mitwirken** zugeschrieben. Der Redaktor und subsidiär die verantwortliche Person gelten daher als Täter des Mediendelikts, womit eine Anwendung von Art. 322^{bis} StGB entfällt. Diese auf dem Wortlaut von Art. 28 Abs. 3 StGB beruhende Auslegung wird in der Lehre mehrheitlich als gesetzgeberisches Versehen angesehen.¹³²

A. Veröffentlichung ohne Wissen

- 64 Eine Veröffentlichung ohne Wissen des Autors liegt vor, wenn diesem die **Kenntnis** von der Veröffentlichung im betreffenden Medium **vollständig fehlt**. Eine blossе Unkenntnis einzelner Modalitäten reicht hingegen nicht. Das fehlende Wissen des Autors kann sich ebenfalls auf **nachträgliche redaktionelle Eingriffe** beziehen, sofern diese den Sinngehalt des Inhalts in wesentlicher Weise verändern und sich nicht nur auf Kürzungen oder stilistische Veränderungen des Textes beziehen.¹³³

B. Veröffentlichung gegen den Willen

- 65 Von einer Veröffentlichung gegen den Willen des Autors ist auszugehen, wenn dieser **ausdrücklich** oder **konkludent** seine Ablehnung zur Veröffentlichung zum Ausdruck gebracht hat. Gegen den Willen des Autors erfolgt die Veröffentlichung auch in Fällen, in denen Missverständnisse hinsichtlich getroffener Vereinbarungen bestehen. Erfolgt die Veröffentlichung eines Entwurfs, bevor der Autor die vereinbarte Prüfung oder Anpassung vornehmen konnte, ist dies als **verabredungswidriges Verhalten** und damit als Veröffentlichung gegen seinen Willen bzw. ohne sein Wissen zu qualifizieren.¹³⁴

129. BGer 645/2007 vom 2.5.2008, E. 7.3.4.4.2.

130. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 103a.

131. LID–Corboz, Art. 322^{bis} StGB N. 12; Nobel/Weber, S. 420; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 17.

132. Riklin, Strafrecht, § 20 N 24; BSK–Zeller, Art. 28 StGB, N. 106; BSK–Zeller, Art. 322^{bis} StGB N. 6 und die dort angeführten Literaturhinweise.

133. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 107.

134. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 107.

V. STRAFLOSIGKEIT DER WAHRHEITSGETREUEN BERICHTERSTATTUNG (ABS. 4)

A. Grund der Straflosigkeit

- 66 Der Rechtfertigungsgrund¹³⁵ der wahrheitsgetreuen Berichterstattung über öffentliche Verhandlungen und amtlicher Mitteilungen unterstreicht das Bestreben, die Medienfreiheit nach Art. 17 BV zu schützen. Im Interesse der **öffentlichen Meinungsbildung** und zur Förderung demokratischer Diskussionen müssen Medien die Befugnis haben, über Behördenaktivitäten zu berichten.¹³⁶ Die Straflosigkeit erfüllt eine **demokratische Schutzfunktion**, indem sie die Offenheit des öffentlichen Informationsflusses und den freien Diskurs gewährleistet und so die Kontrolle staatlicher Macht durch die Öffentlichkeit sicherstellt.¹³⁷

B. Behördenbegriff

- 67 Als Behörde gelten alle Organe, die gesetzlich mit **Amtsbefugnissen** ausgestattet sind. Die erfassten Behörden beschränken sich dabei nicht auf gesetzgebende Organe, sondern erstrecken sich auf alle Organe, die mit hoheitlicher Zuständigkeit staatliche Funktionen ausüben.¹³⁸ Hierzu gehören insbesondere die verfassungsmässigen Organe von Bund und Kantonen, Gerichte, Gemeinderäte, Gemeindeversammlungen, Landsgemeinden und Synoden.¹³⁹ Ebenfalls erfasst sind ausländische Behörden.¹⁴⁰
- 68 Aufgrund der Anknüpfung an Amtsbefugnisse sind auch **hoheitlich handelnde Private** ohne eigene Verfügungskompetenz, etwa amtsgeheimnispflichtige Personen oder auf eidgenössischer Stufe alle Bundesorgane, die dem Datenschutzgesetz unterstehen, als Behörden zu qualifizieren. Zu denken ist dabei beispielsweise an die SBB oder die SUVA.¹⁴¹
- 69 Die Anwendung der straflosen Berichterstattung auf **judikative Behörden** birgt die Gefahr, dass vertrauliche Informationen publik werden. Da in den einschlägigen Verfahren häufig keine umfassende Wahrheitspflicht besteht und Parteien mit unterschiedlichen prozessualen Rollen beteiligt sind, entsteht ein erhebliches Risiko für falsche Angaben und die Beeinträchtigung der Rechte von Verfahrensbeteiligten oder Dritten.¹⁴²

C. Wahrheitsgetreue Berichterstattung

- 70 Eine Berichterstattung liegt vor, sofern für das Publikum **erkennbar** ist, dass die wiedergegebenen Inhalte entweder in einer **öffentlichen Verhandlung gefallen** sind oder aus einer **amtlichen Mitteilung hervorgehen**. Bild- und Tonaufnahmen fallen ebenfalls unter den Begriff der Berichterstattung. Eine Straflosigkeit i.S.v. Art. 28 Abs. 4 StGB kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn deren Aufzeichnung im rechtlichen Rahmen zulässig ist.¹⁴³

135. BGE 120 IV 44, E. 10; BGer 6B_1242/2014 vom 15.10.2015, E. 2.5; Stratenwerth/Bommer, § 13 N. 174; Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 245; HK–Wohlers, Art. 28 StGB N. 6; a. M. Riklin, Strafrecht, § 20 N. 14; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 20. Sie qualifizieren die Berichterstattung über öffentliche Verhandlungen und amtliche Mitteilungen als Strafausschlussgrund.

136. PC–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 28 StGB N. 21.

137. Trechsel/Noll/Pieth/Simmler, S. 245; CR–Werly, Art. 28 StGB N. 39; vgl. BGE 106 IV 161, E. 3b.

138. PC–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 28 StGB N. 24; vgl. BGE 119 IV 273, E. 3; vgl. BGE 114 IV 34, E. 2a.

139. BGE 119 IV 273, E. 3; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 18; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 112.

140. CR–Werly, Art. 28 StGB N. 46.

141. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 113.

142. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 114.

143. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 121, 123.

- 71 Wird die öffentliche Verhandlung oder amtliche Mitteilung nicht selbst zum Gegenstand des Medienberichts gemacht, sondern lediglich als **ergänzendes Argument** in einem Bericht über eine Person oder einen anderen Sachverhalt herangezogen, liegt **keine Berichterstattung** vor.¹⁴⁴ Diese Differenzierung bildet die Grundlage für die Anforderung der Wahrheitstreue.
- 72 Wahrheitsgetreu ist eine Berichterstattung, sofern die enthaltenen Äusserungen entweder **wörtlich** oder **sinngemäss** korrekt wiedergegeben werden. Eine materielle Prüfung der inhaltlichen Richtigkeit wird nicht verlangt.¹⁴⁵
- 73 Für die Wahrheitstreue ist **keine lückenlose Wiedergabe erforderlich**. Entscheidend ist, dass die Berichterstattung dem Leser eine sachgerechte Vorstellung vom Inhalt vermittelt. Das Weglassen von einzelnen Stellungnahmen begründet dabei noch keine Verletzung der Wahrheitstreue.¹⁴⁶ Insbesondere bei der Berichterstattung über öffentliche Verhandlungen sind sowohl verkürzte Wiedergaben als auch eine Schwerpunktsetzung auf andere Aspekte als die Anklage häufig und begründen für sich allein noch keine Wahrheitswidrigkeit.¹⁴⁷ Die Berichterstattung über hängige Strafverfahren hat der Unschuldsvermutung jedoch zwingend Rechnung zu tragen.¹⁴⁸ Es muss hinreichend erkennbar sein, dass die dargestellten Sachverhalte noch nicht bewiesen sind und vom Gericht erst noch verbindlich festgestellt werden müssen. Dies kann beispielsweise durch Formulierungen wie «laut Staatsanwaltschaft» oder «gemäss Anklage» ausgedrückt werden.¹⁴⁹
- 74 Die wahrheitsgetreue Berichterstattung umfasst auch **Kommentierungen und Kritik**. Als Meinungsäusserung dient Kritik der gesellschaftlichen Qualitätssicherung und fällt daher ebenfalls unter das Privileg der Straflosigkeit.¹⁵⁰ Da die Wahrheitstreue von Kommentierungen und Werturteilen dem Beweis nicht zugänglich ist, beurteilt sich deren Zulässigkeit danach, ob sie auf einer hinreichenden Tatsachengrundlage beruhen und vor diesem Hintergrund als vertretbar erscheinen.¹⁵¹
- 75 Erst **tendenziöse Verzerrungen**, die kein der Wirklichkeit entsprechendes Gesamtbild vermitteln, begründen eine rechtswidrige Berichterstattung.¹⁵² Das Mass der für eine wahrheitsgetreue Berichterstattung erforderlichen Sorgfalt sowie der Umfang der journalistischen Darstellung richten sich nach den Besonderheiten des jeweiligen Mediums und den Erwartungen des Publikums.¹⁵³ Vor diesem Hintergrund können auch zugespitzte Aufmachung mit auffälligen Überschriften und Bildern zulässig sein.¹⁵⁴ Unzulässig ist es hingegen, nicht geäusserte Aussagen mittels Anführungszeichen als angebliche wörtliche Zitate darzustellen.¹⁵⁵ **Exzessive Werturteile sind unzulässig**, da sie dem Sinn und Zweck von Art. 28 Abs. 4 StGB widersprechen, der auf die Schilderung von Vorgängen abzielt, die theoretisch jede Person im Sitzungssaal mit «eigenen Augen und Ohren» wahrnehmen oder in amtlichen Mitteilungen lesen könnte.¹⁵⁶

144. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 121.

145. BGE 119 IV 273, E. 5; BGE 106 IV 171, E. 2c; BGE 106 IV 161, E. 5c; BGer 6B_1242/2014 vom 15.10.2015, E. 2.6.1.

146. BGE 119 IV 273, E. 5; BGE 106 IV 161, E. 5c; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 19; CR–Werly, Art. 28 StGB N. 44.

147. BGer 6B_1242/2014 vom 15.10.2015, E. 2.6.1.

148. Art. 6 Ziff. 2 EMRK (Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (SR 0.101)); Art. 10 Abs. 1 StPO (Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (SR 312)); BGer 6B_1242/2014 vom 15.10.2015, E. 2.6.2; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 19.

149. BGer 6B_1242/2014 vom 15.10.2015, E. 2.6.2.

150. BGE 126 III 305, E. 4b; BGE 106 IV 161, E. 4a; CR–Werly, Art. 28 StGB N. 42; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 122.

151. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 122; vgl. BGer 5A_195/2016 vom 4.7.2016, E. 5.1.

152. BGE 119 IV 273, E. 5; BGE 106 IV 161, E. 5c; PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 19.

153. BGer 6B_1242/2014 vom 15.10.2015, E. 2.6.1.

154. BGer 6B_1242/2014 vom 15.10.2015, E. 2.6.1.

155. PK–Trechsel/Jean-Richard-dit-Bressel, Art. 28 StGB N. 19.

156. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 122.

D. Öffentliche Verhandlungen

- 76 Die Straflosigkeit über die Berichterstattung einer Verhandlung begründet sich durch die Öffentlichkeit.¹⁵⁷ Sie wird folglich nur dann gewährt, wenn eine Verhandlung einer **potenziell unbeschränkten Allgemeinheit** zugänglich ist. Dazu zählen auch Sitzungen von Behörden, selbst wenn sie nur einem begrenzten Teil der Öffentlichkeit zugänglich sind, sofern diese nicht der Geheimhaltungspflicht unterliegen.¹⁵⁸ Als öffentlich gilt eine Verhandlung auch dann, wenn einzelne Personen aus bestimmten Gründen von dieser ausgeschlossen sind.¹⁵⁹ Eine Bürgersammlung, die grundsätzlich allen offensteht, verliert folglich ihren öffentlichen Charakter nicht dadurch, dass eine einzelne Person nachträglich weggewiesen wird.¹⁶⁰
- 77 Selbst wenn es an der allgemeinen Öffentlichkeit fehlt, bleibt die Privilegierung der wahrheitsgetreuen Berichterstattung bestehen, sofern nach Art. 70 Abs. 3 StPO **akkreditierte Medienschaffende** zur Verhandlung zugelassen sind und **kein** gesetzliches **Berichterstattungsverbot** besteht.¹⁶¹ Daraus folgt im Umkehrschluss, dass die Berichterstattung über geheime Verhandlungen nicht von der Straflosigkeit erfasst ist (vgl. Art. 293 StGB).

E. Amtliche Mitteilungen

- 78 Mitteilungen erfassen alle **mündlichen** und **schriftlichen Formen** behördlicher Kommunikation, einschliesslich offizieller Erklärungen, Reden und Berichte, inklusive solcher über soziale Medien.¹⁶² Von der Straflosigkeit erfasst sind jedoch nur Mitteilungen, welche amtlich sind.
- 79 Die Amtlichkeit orientiert sich an der rechtsgleichen, willkürfreien Informationspraxis der Behörden bei der Veröffentlichung amtlicher Sachverhalte und an den in Informations- und Öffentlichkeitsgesetzen enthaltenen Begriffsbestimmungen. Das zentrale Merkmal besteht folglich darin, dass eine Mitteilung der Erfüllung einer **öffentlichen Aufgabe** dient, die dem Gemeinwesen obliegt. Insbesondere Auskünfte zum Privatleben von Amtsträgern sind damit ausgeschlossen.¹⁶³
- 80 Die Straflosigkeit greift ausschliesslich, wenn amtliche Mitteilungen einer potenziell unbeschränkten Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, etwa durch die Publikation von Berichten, Studien oder Gutachten von Amtes wegen.¹⁶⁴ Mündliche Mitteilungen auf **Pressekonferenzen**, die sich an eine unbeschränkte (Medien-)Öffentlichkeit richten und an die Allgemeinheit übertragen werden können, fallen ebenfalls darunter.¹⁶⁵ Die Frage, ob **mündliche Auskünfte** und **Interviews** erfasst sind, ist in der Lehre umstritten, da sie nicht notwendigerweise öffentlich adressiert sind.¹⁶⁶
- 81 Als amtliche Mitteilungen gelten auch Dokumente, die auf **individuelle Anfrage** hin zugänglich gemacht werden, sofern eine gesetzliche Pflicht oder das Gebot der Rechtsgleichheit die Behörden zur Einsichtsgewährung verpflichtet.¹⁶⁷

157. BGE 119 IV 273, E. 3; BGE 106 IV 161, E. 3b; vgl. CR–Werly, Art. 28 StGB N. 39.

158. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 115.

159. BGE 119 IV 273, E. 4; PC–Dupuis/Moreillon/Piguet/Berger/Mazou, Art. 28 StGB N. 24.

160. BGE 119 IV 273, E. 4.

161. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 115.

162. CR–Werly, Art. 28 StGB N. 48; BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 118a.

163. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 117.

164. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 118.

165. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 120.

166. Zustimmend CR–Werly, Art. 28 StGB N. 48; ablehnend BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 120.

167. BSK–Zeller, Art. 28 StGB N. 118.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bähler Regula, Tweet und Retweet: Mitgegangen, mitgefangen – Aber nicht immer, *Medialex* 2017, S. 40–44.
- Canonica Simon, Tücken der neuen Kaskadenhaftung, *Medialex* 2000, S. 63–64.
- Corboz Bernard, Kommentierung zu Art. 322^{bis} StGB, in: Corboz Bernard (Hrsg.), *Les infractions en droit suisse*, Volume II, Bern 2010.
- Donatsch Andreas/Godenzi Gunhild/Tag Brigitte, *Strafrecht I, Verbrechenslehre*, 10. Aufl., Zürich 2022.
- Donatsch Andreas/Thommen Marc/Wohlers Wolfgang, *Strafrecht IV, Delikte gegen die Allgemeinheit*, 5. Aufl., Zürich 2017.
- Dupuis Michel/Moreillon Laurent/Piguet Christophe/Berger Séverine/Mazou Miriam, Kommentierung zu Art. 28 StGB, in: Dupuis Michel/Moreillon Laurent/Piguet Christophe/Berger Séverine/Mazou Miriam/Rodigari Virginie (Hrsg.), *Petit Commentaire, Code pénal*, 2. Aufl., Basel 2017.
- Dupuis Michel/Moreillon Laurent/Piguet Christophe/Berger Séverine/Mazou Miriam, Kommentierung zu Art. 322^{bis} StGB, in: Dupuis Michel/Moreillon Laurent/Piguet Christophe/Berger Séverine/Mazou Miriam/Rodigari Virginie (Hrsg.), *Petit Commentaire, Code pénal*, 2. Aufl., Basel 2017.
- Hafer Ernst, Umfang des Pressedelikts und strafrechtliche Sonderstellung der Presse, *ZStrR* 40 (1927), S. 134–153.
- Kiener Regina/Kälin Walter/Wyttenbach Judith, *Grundrechte*, 4. Aufl., Bern 2024.
- Musy Stéphanie, La répression du discours de haine sur les réseaux sociaux, *SJ* 2019, S. 1–22.
- Niggli Marcel Alexander/Schwarzenegger Christian, Strafbare Handlungen im Internet, *SJZ* 98/2002, S. 61–73.
- Nobel Peter/Weber Rolf H., *Medienrecht*, 4. Aufl., Bern 2021.
- Riedo Christof/Beglinger Robin, Ehrverletzungen im Internet – insbesondere auf Facebook, *AJP* 2021, S. 1249–1262.
- Riklin Franz, Kaskadenhaftung – quo vadis?, *Medialex* 2000, S. 199–208 (zit. Kaskadenhaftung).
- Riklin Franz, Schweizerisches Medienstrafrecht, in: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie (Hrsg.), *Medien, Kriminalität und Justiz*, Chur et al. 2001, S. 67–90 (zit. Medienstrafrecht).
- Riklin Franz, *Schweizerisches Presserecht*, Bern 1995 (zit. Presserecht).
- Riklin Franz, *Strafrecht, Allgemeiner Teil I, Verbrechenslehre*, 2. Aufl., Zürich 2002 (zit. Strafrecht).
- Roth Simon, Urteilsbesprechung, Nr. 26 Bezirksgericht Zürich, 10. Abteilung – Einzelgericht, Urteil vom 26. Januar 2016 i.S. Hermann Lei gegen B., GG150250, *forumpoenale* 5 (2017), S. 290–294.
- Salmina Edy, *Medien. Die vierte Gewalt. Medienfreiheit | Medienverantwortung | Medienopfer, Einblicke eines Insiders*, Bern 2018.
- Schultz Hans, die unerlaubte Veröffentlichung – ein Pressedelikt?, *ZStrR* 109 (1991), S. 273–281.
- Schwaibold Matthias, Lausanner Nebelpetarden zu Facebook, Anmerkungen zum Urteil des Bundesgerichts 6B_440/2019 vom 18. November 2020, *sui generis* 2021, S. 1–11 (zit. Facebook).

Schwaibold Matthias, Warum «Twitter» kein Medium im Sinne des Strafrechts ist, *sui generis* 2017, S. 113–147 (zit. Twitter).

Schwarzenegger Christian, Der Anwendungsbereich des Medienstrafrechts (Art. 28, 322^{bis} StGB), in: Cavallo Angela/Hiestand Eliane/Blocher Felix/Arnold Irene/Käser Beatrice/Caspar Milena/Ivic Ingo (Hrsg.), *Liber amicorum für Andreas Donatsch, im Einsatz für Wissenschaft, Lehre und Praxis*, Zürich et al. 2012, S. 165–188 (zit. Anwendungsbereich).

Schwarzenegger Christian, Twibel – «Tweets» und «Retweets» mit ehrwürdigem Inhalt aus strafrechtlicher Sicht, in: Jositsch Daniel/Schwarzenegger Christian/Wohlers Wolfgang (Hrsg.), *Festschrift für Andreas Donatsch*, Zürich 2017, S. 217–231 (zit. Twibel).

Schwarzenegger Christian/Niggli Marcel Alexander, Über die Strafbarkeit des Hyperlink-Setzers – Zum Urteil des Bezirksgerichts Zürich vom 10. September 2002, *Medialex* 2003, S. 26–32.

Sempach Niklaus, Strafbarkeit von Gewaltaufrufen in sozialen Medien, *Medialex* 09 (2023), DOI: <https://doi.org/10.52480/ml.23.13>.

Stratenwerth Günter/Bommer Felix, *Schweizerisches Strafrecht, Allgemeiner Teil I: Die Straftat*, 5. Aufl., Bern 2024.

Stumpp Stefan/Michelis Daniel, Einführung in die Sozialen Medien, in: Stumpp Stefan/Michelis Denis/Schildhauer Thomas (Hrsg.), *Social Media*, 5. Aufl., Baden-Baden 2025, S. 21–34.

Trechsel Stefan/Jean-Richard-dit-Bressel Marc, Kommentierung zu Art. 28 StGB, in: Trechsel Stefan/Pieth Mark/Geth Christopher (Hrsg.), *Praxiskommentar, Schweizerisches Strafgesetzbuch*, 5. Aufl., Zürich 2025.

Trechsel Stefan/Jean-Richard-dit-Bressel Marc, Kommentierung zu Art. 322^{bis} StGB, in: Trechsel Stefan/Pieth Mark/Geth Christopher (Hrsg.), *Praxiskommentar, Schweizerisches Strafgesetzbuch*, 5. Aufl., Zürich 2025.

Trechsel Stefan/Noll Peter/Pieth Mark/Simmler Monika, *Schweizerisches Strafrecht, Allgemeiner Teil I, Allgemeine Voraussetzungen der Strafbarkeit*, 8. Aufl., Zürich et al. 2026.

Werly Stéphanie, Kommentierung zu Art. 28 StGB, in: Moreillon Laurent/Macaluso Alain/Queloz Nicolas/Dongois Nathalie (Hrsg.), *Commentaire romand, Code pénal I, Art. 1–110 CP*, 2. Aufl., Basel 2021.

Werly Stéphane, Kommentierung zu Art. 322^{bis} StGB, in: Macaluso Alain/Moreillon Laurent/Queloz Nicolas (Hrsg.), *Commentaire romand, Code pénal II, Art. 111–392 CP*, 2. Aufl., Basel 2025.

Wohlers Wolfgang, Kommentierung zu Art. 28 StGB, in: Wohlers Wolfgang/Gothenz Gunhild/Schlegel Stefan (Hrsg.), *Handkommentar, Schweizerisches Strafgesetzbuch*, 5. Aufl., Bern 2024.

Zeller Franz, Kommentierung zu Art. 28 StGB, in: Niggli Marcel Alexander/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), *Basel Kommentar, Strafrecht*, 4. Aufl., Basel 2019.

Zeller Franz, Kommentierung zu Art. 322^{bis} StGB, in: Niggli Marcel Alexander/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), *Basel Kommentar, Strafrecht*, 4. Aufl., Basel 2019.

Zimmerli Ulrich, Zur Medienfreiheit in der neuen Bundesverfassung, *Medialex* 1999, S. 14–23.

MATERIALIENVERZEICHNIS

Bericht der Expertenkommission «Netzwerkkriminalität», Eidg. Justiz- und Polizeidepartement, Juni 2003, abrufbar unter <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/76014.pdf>, besucht am 5.1.2026 (zit. Bericht Expertenkommission).

Bericht des Bundesrates, Netzwerkkriminalität, Strafrechtliche Verantwortung der Provider und Kompetenzen des Bundes bei der Verfolgung von Netzwerkdelikten, Februar 2008, abrufbar unter <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/77468.pdf>, besucht am 5.1.2026 (zit. Bericht Bundesrat).

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zu einem Gesetzesentwurf enthaltend das schweizerische Strafgesetzbuch vom 23.7.1918, BBI 1918 IV 1, abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1918/4_1_1_1/de, besucht am 1.1.2026 (zit. Botschaft 1918).

Botschaft über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Medienstraf- und Verfahrensrecht vom 17.6.1996, BBI 1996 IV 525 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1996/4_525_533_449/de, besucht am 1.1.2026 (zit. Botschaft 1996)

Bundesamt für Justiz, Gutachten vom 24.12.1999, Art. 27 und 322^{bis} StGB. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Internet-Access-Provider. JAAC 64.75, abrufbar unter https://entscheidsuche.ch/dok/CH_VB/CH_VB_003_JAAC-64-75--_1999-12-24.pdf, besucht am 2.1.2026 (zit. Bundesamt für Justiz).

Niggli Marcel Alexander/Riklin Franz/Stratenwerth Günter, Gutachten, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Internet-Providern, erstellt im Auftrag des Verbandes Inside Telecom (VIT), 2000 (zit. Niggli/Riklin/Stratenwerth).

Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8.6.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt («Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr»), abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32000L0031>, besucht am 8.1.2026 (zit. E-Commerce Richtlinie).